



„Wir zerstören unsere Ökosysteme, verschwenden Ressourcen, das Klimasystem steht vor dem Kollaps. Schützen wir in einer solchen Welt nicht die Rechte anderer Menschen, gefährden wir auch unsere eigenen. Vielleicht werden die Menschenrechte die Klimakrise nicht überleben. Es ist höchste Zeit zu handeln.“

Carola Rackete, Aktivistin

VOM SICHEREN HAFEN ZUR SOLIDARISCHEN STADT HAMBURG

Seit Jahren schon sind Humanität und Menschenrechte in der europäischen Flüchtlingspolitik kaum mehr als Lippenbekenntnisse. Durch ihre flüchtlingsfeindliche Strategie, alle Fluchtwege nach Europa zu versperren und Schutz Suchende den Machthaber*innen jenseits der EU-Außengrenzen zu überantworten, werden die EU und ihre Nationalstaaten zu direkt Beteiligten schwerster Menschenrechtsverletzungen.

Wie inzwischen weit über 100 deutsche Städte, erklärte sich auch Hamburg im Sommer 2018, auf massiven Druck aus der Hamburger Öffentlichkeit, zu einem Sicheren Hafen. Hamburgs erster Bürgermeister Tschentscher sagte damals: „Es ist unsere gemeinsame humanitäre Pflicht, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten.“ Wir nehmen ihn beim Wort und appellieren an den Senat, den Worten nach einem verlorenen Jahr endlich Taten folgen zu lassen, mehr Menschen aufzunehmen und Hamburg tatsächlich zu einem sicheren Hafen für Geflüchtete zu machen. Die desaströse Situation an den europäischen Außengrenzen erfordert schnelles Handeln. Wir fordern, dass der Hamburger Senat:

- den Beschluss der Bürgerschaft aktiv umsetzt, aus Seenot Gerettete direkt und unbürokratisch aufzunehmen. Landesprogramme zur zusätzlichen Aufnahme von Menschen in Not beschließt.
- die Politik der Abschiebungen konsequent beendet.
- sich auch auf Bundesebene klar gegen die Abschottungspolitik der EU einsetzt.

NUR EINE SOLIDARISCHE STADT IST EIN WIRKLICH SICHERER HAFEN

In Hamburg hat sich in den letzten Jahren eine Kultur der zivilgesellschaftlichen Solidarität mit Geflüchteten etabliert, die weit über die Stadtgrenzen hinaus beispielhaft ist. Es ist nun an der Zeit, dass auch auf stadtpolitischer Ebene die großen Ressourcen der Wirtschaftsmetropole Hamburg genutzt werden, um weiterhin Menschen, die aus der Not fliehen, aufzunehmen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten.

Damit jedoch sowohl für die neu Angekommenen als auch für die länger hier Wohnenden ein menschenwürdiges Leben gesichert ist, müssen wir noch einen Schritt weiter gehen und Hamburg vom Sicheren Hafen zu einer Solidarischen Stadt – einer Stadt für Alle – machen. Wir wollen eine Stadt, aus der niemand abgeschoben wird und in der alle – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und vom Einkommen – gleiche Rechte, gleichen Anspruch auf soziale Leistungen und Zugang zu sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben.

Dazu gehören für uns:

- das Recht auf Wohnen
- das Recht auf Arbeit, bzw. Zugang zum Arbeitsmarkt
- das Recht auf (weiterführende) Bildung
- das Recht auf Gesundheitsversorgung
- das Recht zu wählen
- das Recht auf uneingeschränkte Mobilität und sicheren Aufenthalt



„... Es ist wirklich eine Schande, dass Europa die Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend fliehen, im Mittelmeer ertrinken lässt. Das muss sich ändern. Deutschland und Hamburg, die durch globalen Handel so reich geworden sind, müssen endlich Verantwortung übernehmen...“

Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees
Deutschland

TODBRINGENDE FLUCHTWEGE

Seit 2014 sind über 17.000 Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ums Leben gekommen. Durch Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern versucht die EU ihren Grenzschutz zunehmend auszulagern, um so den Flüchtenden den Weg nach Europa zu versperren. Auf Druck der EU wurde im Niger ein Gesetz verabschiedet, das den Transport von Migrant*innen unter Strafe stellt. Für Schutzsuchende ist die Reise durch die Sahara somit noch gefährlicher geworden. Es wird befürchtet, dass hier noch mehr Menschen ums Leben kommen als im Mittelmeer. Die EU schreckt nicht davor zurück, ihre „Deals“ zur Grenzsicherung mit kriminellen Banden und Diktatoren abzuschließen. Diktatoren sind die von der Europäischen Union finanzierten Türsteher Europas.

DIE LIBYSCHEN LAGER

Laut Schätzungen der internationalen Organisation für Migration IOM halten sich derzeit 670.000 Flüchtlinge in Libyen auf. In den libyschen Haftlagern sind die Schutzsuchenden schlimmsten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Es kommt zu Hinrichtungen, Folter, Vergewaltigungen, Erpressungen sowie Aussetzungen in der Wüste. Es gibt Berichte über Organentnahmen und Sklavenmärkte. Dies geschieht nicht nur mit Duldung, sondern mit direkter Finanzierung der EU, denn libysche Grenzschützer sollen Schutzsuchende mit allen Mitteln an der Flucht nach Europa hindern. Selbst für diejenigen, die es trotzdem nach Europa geschafft haben, sind die Lebensbedingungen, z.B. in Griechenland, in Bosnien, in der Türkei und in Italien unerträglich.

KRIMINALISIERUNG DER PRIVATEN SEENOTRETTUNG

Diese von der EU gewollten Verhältnisse setzen sich, fernab aller Menschenrechte, in der Seenotrettung fort. Die „libysche Küstenwache“ aus kriminellen Milizen und mörderischen Warlords wird von der EU seit 2017 mit mehr als 90 Mio Euro aus unseren Steuergeldern finanziert und ausgerüstet. Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen mit zivilen Seenotrettungsschiffen. Die unter deutscher Flagge fahrende „Alan Kurdi“ der Rettungsorganisation Sea-Eye wurde Ende Oktober massiv bei ihrer Rettungsaktion bedroht und von libyschen Milizen sogar beschossen. Auch kommt es immer häufiger zum Abfangen von Flüchtenden in internationalen Gewässern, und ihren gewaltsamen „Push-Backs“ nach Libyen. Auch die Blockaden und Kriminalisierungen der zivilen Seenotrettung und ihrer Kapitän*innen mit traumatisierten und kranken Geretteten an Bord geschehen mit Billigung der EU.